

Vorname, Name  
Strasse, HausNr.  
PLZ, Ort  
GERMANY

Name, Strasse/HausNr., PLZ/Ort, Germany

An die  
Europäische Kommission  
Rue de la Loi, 200

B-1049 Brüssel

29 Juli, 2003

**Betreff: Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gemäß Art. 226  
EGV gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Verletzung der  
Richtlinie RL 85/577/EWG des Rates vom 20.12.1985**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie mit der Bitte, gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren gemäß Art. 226 EGV einzuleiten.

Gerügt wird insbesondere:

- Die fehlerhafte Umsetzung der Haustürgeschäfte-Richtlinie 85/577/EWG vom 20.12.1985 durch die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 des Deutschen Haustürwiderrufgesetzes (Vorrang des Verbraucherkreditgesetzes) vom 16.01.1986 (BGBl. I, S. 122), sowie die Bestimmung des § 3 Abs. 2 des Deutschen Verbraucherkreditgesetzes (Ausschluss des Widerrufsrechtes sowie des Einwendungsdurchgriffes gem. § 9 VKG bei Realkreditverträgen) vom 17.12.1990 (BGBl. I, 2840).
- Die erneute fehlerhafte Umsetzung der Haustürgeschäfte-Richtlinie 85/577/EWG durch das OLGVertrÄndG vom 23.07.2002 (BGBl. I, 2850).
- Die Untätigkeit des Mitgliedsstaates Bundesrepublik Deutschland gegenüber den nationalen Gerichten, insbesondere dem XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes, trotz der offensichtlichen Missachtung primären und sekundären Gemeinschaftsrechts gemäß Art. 10 EGV.

Mit der **Richtlinie des Rates vom 20.12.1985 (RL 85/577/EWG)** stärkte der Rat den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen. Mit dem Ziel, geeignete Maßnahmen zum Schutze des Verbrauchers vor missbräuchlichen Handlungspraktiken bei Haustürgeschäften zu treffen und den Verbraucher vor übereilten Entscheidungen zu schützen, wurde ihm das Recht eingeräumt, innerhalb einer Frist von mindestens sieben Tagen vom Verträge zurückzutreten.

Die Möglichkeit einer Einschränkung auf bestimmte Vertragstypen über den Art. 1 der Richtlinie hinaus war nicht vorgesehen.

Mit der Schaffung der gesetzlichen Bestimmungen des § 5 Abs. 2 HWiG und § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKG schloss der deutsche Gesetzgeber dass aber den Widerruf von Realkreditverträgen aus.

Dies erfolgte trotz heftiger Kritik in der Fachliteratur, die bereits vor Verabschiedung des Gesetzes die Europarechtswidrigkeit der Regelungen des Regierungsentwurfes eines Verbraucherkreditgesetzes vom 25.10.1989 zur Umsetzung der EG-Richtlinie 87/102 vom 20.12.1986 feststellte (vergl. Prof. Dr. Karl-Joachim Schmelz/Klothe, Zum Gesetzentwurf für ein Verbraucherkreditgesetz, ZIP 1989, 1509 ff).

Bereits damals wurde öffentlich festgestellt:

„Tatsächlich dient die Regelung offensichtlich nur dazu, die bestehenden schärferen Schutzvorschriften nach § 56 Abs. 1 Nr. 6 GewO und § 1 HWiG für den Bereich des Verbraucherkredites auszuhebeln und den „Kundenberatern“ der Kreditgeber im neuen Allfinanzmarkt die Haustüren zu öffnen (Prof. Dr. Schmelz, ebda).“

Eben dies ist bedauerlicherweise eingetreten.

Nach vorsichtigen Schätzungen wurden über unseriöse Profi-Vermittler in den 90er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland rund 300.000 überbeuerte Eigentumswohnungen an Verbraucher mit vorwiegend kleinen bis mittleren Einkommen als Kapitalanlagen überwiegend zur Alterssicherung vermittelt.

Im Rahmen einer Stellungnahme der Abteilung Investor Relations der HypoVereinsbank AG vom 29.01.1999 zum vermittelten Geschäft in der privaten Wohnungsbaufinanzierung räumte diese ein, dass allein im Geschäftsbereich der ehemaligen Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG 108.000 Kunden per Dezember 1998 betroffen sind.

Vom gesamten Hypothekenbestand der HypoVereinsbank AG entfallen allein hierauf DM 26,6 Mrd (Euro 13,6 Mrd.).

Der **Europäische Gerichtshof** hat in seiner **Entscheidung vom 13.12.2001 (Rs C-481/99; Heininger / HypoVereinsbank AG)** festgestellt, dass die Haustürgeschäfte-Richtlinie 85/577/EWG sehr wohl auch auf Realkreditverträge Anwendung findet und der nationale Gesetzgeber hierdurch daran gehindert ist, das Widerrufsrecht nach Art. 5 der Richtlinie im Falle der unterbliebenen Widerrufsbelehrung auf ein Jahr nach Vertragsschluss zu befristen.

Vor diesem Hintergrund hat der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes in seiner Entscheidung vom 09.04.2002 (Az: XI ZR 91/99) dem Verbraucher auch für Realkreditverträge, die in einer Haustürsituation abgeschlossen worden sind, ein Widerrufsrecht gem. § 1 Abs. 1 HWiG eingeräumt.

Neben der Frage des Anwendungsbereiches des Haustürwiderrufgesetzes bedarf aber auch die Frage der **Rechtsfolgen des Widerrufs** der gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung.

Im Hinblick auf die so genannte Heininger-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 13.12.2001 sowie des Bundesgerichtshofes vom 09.04.2002 änderte der deutsche Gesetzgeber im Rahmen des **OLGVertrÄndG vom 23.07.2002 (BGBl. I, S. 2850)** die Vorschriften über das Widerrufsrecht des Verbrauchers, vor allem bei Haustürgeschäften und grundpfandrechtlich gesicherten Verbraucherdarlehen durch die Neufassung der §§ 312 a, 312 b, 355, 358, 491 ff.

Insbesondere aber auch die Neufassung des § 358 Abs. 3 BGB, im Rahmen dessen die Voraussetzungen der Feststellung eines verbundenen Rechtsgeschäftes zwischen dem Darlehensvertrag und dem mit dem Darlehen finanzierten Vertrag, normiert werden.

Gemäß **Art. 229 § 5 EFBGB** sind diese neu gefassten Vorschriften aber auf Darlehensverträge, die **vor dem 01.01.2002** abgeschlossen worden sind, **nicht anwendbar**.

Der deutsche Gesetzgeber unterließ es damit in europarechtswidriger Weise im Interesse der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für ca. 300.000 Anleger die Rechtsfolgen des von Seiten des Europäischen Gerichtshofes festgestellten Widerrufsrechtes der Verbraucher zu regeln.

Er unterließ es darüber hinaus, seine Versäumnisse aus den Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung des Haustürwiderrufgesetzes vom 16.01.1986 sowie des Verbraucherkreditgesetzes vom 17.12.1990 zu korrigieren.

Damit sind die Rechtsfolgen des Widerrufsrechtes für die so genannten „Altfälle“ in Bezug auf den Darlehens- und Kaufvertrag ungeklärt geblieben.

Diesbezüglich herrscht derzeit Uneinigkeit und Streit der deutschen Gerichte, insbesondere aufgrund der Haltung des XI. Zivilsenates des Bundesgerichtshofes.

Es fehlt nach wie vor an einer ordnungsgemäßen Umsetzung der Haustürgeschäfte-Richtlinie 85/577/EWG.

Die deutschen Gesetzesregelungen sind lückenhaft und unzureichend.

Im Haustürwiderrufgesetz findet sich keine Rechtsvorschrift, die geeignete Maßnahmen zum Schutze des Verbrauchers vorsieht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat gegen ihre Umsetzungspflicht aus Art. 249 Abs. 2, EGV und Art. 10, EGV verstoßen. Sie kam ihrer Verpflichtung, Richtlinien in verbindliche innerstaatliche Vorschriften umzusetzen, die den Erfordernissen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit genügen, nicht nach.

Verbraucher, die von ihrem Widerrufsrecht gemäß § 1 HWiG Gebrauch machen wollen, um sich von den Darlehensverträgen zu lösen, befinden sich in der misslichen Lage, nicht zu wissen, wie dieses Widerrufsrecht und dessen Rechtsfolgen ausgestaltet ist.

Da es auf ein etwaiges Verschulden der Bundesrepublik Deutschland nicht ankommt, ist unerheblich, ob der Gesetzgeber bei Schaffung des Haustürwiderrufgesetzes davon ausgegangen war, die europarechtlichen Vorgaben der Haustürgeschäfte-Richtlinie ordnungsgemäß umzusetzen.

Verstärkt wird diese Rechtsunsicherheit durch eine derzeit uneinheitliche Rechtsprechung der Gerichte.

So weigern sich vor allem die obersten Gerichte dem Verbraucherschutz und damit auch dem Sinn und Zweck der Haustürrichtlinie Rechnung zu tragen, obwohl die nationalen Gerichte aufgrund des Umsetzungsgebotes gemäß Art. 249 Abs. 3 EGV und des Grundsatzes der Gemeinschaftstreue gemäß Art. 10 EGV nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften zur richtlinienkonformen Auslegung verpflichtet sind.

Sinn und Zweck der Richtlinie erschöpfen sich nicht darin, dem Verbraucher ein formelles Widerrufsrecht einzuräumen.

Das Recht zum Widerruf soll keinen Selbstzweck darstellen, sondern den an der Haustür überrumpelten Verbraucher schützen.

Dieser Schutzgedanke gilt bei Realkreditverträgen nicht weniger - wie der Europäische Gerichtshof im Rahmen seiner Entscheidung vom 13.12.2001 ausdrücklich bestätigte.

Der Schutzzweck bleibt indessen gänzlich auf der Strecke, wenn man die Rückabwicklung eines widerrufenen Darlehensvertrages nach § 3 HWiG a.F. und nicht gemäß § 9 Abs. 1 und Abs. 2 VKG i.V.m. § 5 Abs. 2 HWiG vornimmt.

Somit bedarf § 3 Abs. 2 Nr. 2 VKG nicht nur nach dem Willen des nationalen Gesetzgebers der teleologischen Reduktion, sondern gerade aufgrund des gemeinschaftsrechtlichen Sinn und Zweck der Haustürgeschäfte-Richtlinie.

Dem gegenüber seien beispielhaft nur folgende Urteile deutscher Gerichte benannt:

- BGH, Urteil vom 09.04.2002, Az: XI ZR 91/99
- BGH, Urteil vom 12.11.2002, Az: XI ZR 47(01)
- OLG München, Urteil vom 25.07.2002, Az: 19 U 4095/01

In seinem **Urteil vom 09.04.2002** gewährt der **XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes** Verbrauchern zwar den vollen Schutz des Haustürwiderrufsrechtes, stellt jedoch gleichzeitig fest, dass der mit Hilfe des Darlehens finanzierte Immobilienerwerb kein mit dem Darlehensvertrag verbundenes Geschäft sei, mithin § 9 VKG auf Realkreditverträge gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 VKG nicht anwendbar sei.

Damit ließ er seine Position unmissverständlich erkennen:

Realkreditverträge und das finanzierte Grundstücksgeschäft sind grundsätzlich nicht als zu einer wirtschaftlichen Einheit verbundene Geschäfte anzusehen.

Eine europarechtlich gebotene teleologische Reduktion des § 3 Abs. 2 Nr. 2 VKG wird ausdrücklich abgelehnt.

Die Haustürgeschäfte-Richtlinie würde dem nicht entgegenstehen, weil hier Art. 7 die Regelung der Rechtsfolgen des Widerrufs von Haustürgeschäften ausdrücklich dem einzelstaatlichen Recht überlässt (III, 1, b, bb, a.E. der Entscheidung vom 12.11.2002).

Auch das **Oberlandesgericht München** vertritt im Rahmen seiner **Entscheidung vom 25.07.2002** die Ansicht, die Rechtsfolgen des Widerrufs seien allein aus §3 HWiG a.F. zu entnehmen, ohne dass ein Einwendungsdurchgriff gemäß § 9 VKG a.F. Anwendung finden würde.

Weil die Neuregelung des § 358 Abs. 3 BGB n.F. aber für Darlehensverträge, die vor dem 01.01.2002 abgeschlossen worden sind, nicht gilt, könne die finanzierende Bank trotzdem den Darlehensnominalbetrag von Seiten der Verbraucher zurückfordern.

Folgt man dieser Ansicht, sind die Parteien des Darlehensvertrages im Falle eines Widerrufs verpflichtet, dem anderen Teil jeweils die empfangenen Leistungen gemäß § 3 HWiG a.F. zurückzugewähren und zu verzinsen.

Die Darlehensnehmer hätten Anspruch auf Erstattung der auf das Darlehen erbrachten Zins- und Tilgungsleistungen.

Die finanzierende Bank hätte hingegen den Anspruch auf Rückzahlung des ausgezahlten Nettokreditbetrages nebst marktüblicher Verzinsung.

In diesem Falle wäre ein Widerrufsrecht des Verbrauchers, das seinem Schutze dienen soll, nicht nur wertlos, sondern sogar **ruinös**.

Der Verbraucher wäre gezwungen, das Darlehen sofort und vollständig zurückzuzahlen und würde gleichzeitig an dem Kaufvertrag festgehalten.

Da die Verbraucher allerdings fast ohne Ausnahme wirtschaftlich nicht in der Lage sind, das Darlehen aus eigenen Mitteln zurückzubezahlen, und andere Banken eine Umschuldung aufgrund der minderwertigen Immobilien ablehnen, **verkehrt sich der vonseiten des Rates gewollte Verbraucherschutz ins Gegenteil.**

Der Verbraucher darf jedoch in seinem freien Entschluss, das Widerrufsrecht auszuüben, nicht dadurch beeinträchtigt sein, dass Rückgewährspflichten und Haftung ihn vom Widerruf abhalten.

Die Rechtsfolgen eines Widerrufs müssen daher so gestaltet sein, dass sie den Verbraucher nicht von einem möglichen Widerrufsrecht abhalten.

Die nationalen Gerichte lassen bei der Frage der Rechtsfolgen eines Widerrufs eine richtlinienkonforme Auslegung der Richtlinie umsetzenden innerstaatlichen Rechtes gänzlich vermissen.

Europäisches Sekundärrecht wird außer Acht gelassen.

Dies stellt einen Verstoß gegen Art. 10 EGV dar.

Gerade im Hinblick auf das Urteil des EuGH vom 13.12.2001, das erneut eine Stärkung des Verbraucherschutzes beim Vertrieb fremdfinanzierter Immobilien-Kapitalanlagen betont, ist die das europäische Recht geradezu ignorierende Auffassung deutscher Gerichte weder nachvollziehbar, noch tolerierbar.

Auch die Grundsätze der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung werden grob missachtet:

Das eine Richtlinie umsetzende mitgliedstaatliche Recht sowie alle Rechtsvorschriften, die indirekt vom Regelungsbereich der Richtlinie erfasst werden, sind richtlinienkonform auszulegen.

Dies ergibt sich aus Art. 5 EGV, wonach die Mitgliedsstaaten alle zur Erreichung des Richtlinienziels geeigneten Maßnahmen treffen müssen.

*„ . . . ein nationales Gericht (muss), soweit es bei der Anwendung des nationalen Rechts - gleich, ob es sich um vor oder nach der Richtlinie erlassene Vorschriften handelt - dieses Recht auszulegen hat, seine Auslegung **so weit wie möglich** am Wortlaut und Zweck der*

*Richtlinie ausrichten . . . , um das mit der Richtlinie verfolgte Ziel zu erreichen und auf diese Weise Art. 189 III EGV [jetzt Art. 249 II EG] nachzukommen“.*  
*EuGH 13.11.90 - Marleasing*

Die richtlinienkonforme Auslegung ist anzuwenden um den **Grundsatz des bestmöglichen Schutzes** des Gemeinschaftsrechts verwirklichen zu können.

Es stellt sich also die Frage nach dem **Schutzzweck** der Haustürgeschäfte-Richtlinie.

Schutzzweck ist die Bewahrung des Verbrauchers davor, dass seine wirtschaftliche Entschließungsfreiheit in bestimmten Situationen (Haustürgeschäften) vor Übereilung, durch irreführende mündliche Angaben oder durch zudringliches Verhalten eines Vermittlers beeinträchtigt wird.

Der Verbraucher soll vor einer übereilten Entscheidung, Überrumpelung und Überraschung geschützt werden. Dies erfordert eine freie Lösungsmöglichkeit vom Vertrag.

Weiterhin soll der Verbraucher **in seinem freien Entschluss, das Widerrufsrecht auszuüben, nicht dadurch beeinträchtigt sein, dass Rückgewährspflichten und Haftung ihn vom Widerruf abhalten.**

Die Rechtsfolgen eines Widerspruchs müssen daher so gestaltet sein, dass sie nicht von einem möglichen Widerrufsrecht abhalten.

Bei der Rückabwicklung muss der Verbraucher vor dem Schaden bewahrt werden, vor dem er nach dem Sinn und Zweck der Richtlinie geschützt werden sollte.

Der Bereicherungsausgleich darf nicht zu einem ungerechtfertigten Vermögensverlust für den gutgläubigen Bereicherungsschuldner führen, so auch der BGH zu § 56 GewO, der den gleichen Schutzzweck wie das HWiG verfolgte (Reisegewerbe-Rspr.).

Gemäß Art. 249 III EG ist eine Richtlinie für jeden Mitgliedsstaat (im folgenden: MS), an den sie gerichtet ist, hinsichtlich der zu erreichenden Ziele verbindlich.

Zwar ist die Wahl der Form und Mittel den MS überlassen - wie der XI. Zivilsenat richtigerweise feststellt. Die MS müssen jedoch die Maßnahmen ergreifen, die sich zur Gewährleistung der praktischen Wirksamkeit („**effet utile**“) der Richtlinie unter Berücksichtigung des mit ihr verfolgten Zwecks am besten eignen.

**„ die Mitgliedsstaaten haben diejenigen Formen und Mittel zu ergreifen, die für die Gewährleistung der praktischen Wirksamkeit (effet utile) der Richtlinie am besten geeignet sind“**

erstmalig erschienen in d. Rechtssache Royer,

Die MS sind verpflichtet, Richtlinien in verbindliche innerstaatliche Vorschriften umzusetzen, die den Erfordernissen der **Rechtssicherheit** und **Rechtsklarheit** genügen.

Auch als Gebot der „**faithful transposition**“ bezeichnet.

Zwar kann bereits ein allgemeiner rechtlicher Rahmen genügen, so dass förmliche und wörtliche Wiedergabe der Richtlinienbestimmungen nicht erforderlich ist, dieser muss jedoch „tatsächlich die vollständige Anwendung der Richtlinie in so klarer und bestimmter Weise gewährleiste(n), so dass - soweit die Richtlinie Ansprüche des Einzelnen begründen soll - die Begünstigten in der Lage sind, von allen ihren Rechten Kenntnis zu erlangen und diese gegebenenfalls vor den nationalen Gerichten geltend zu machen“

(EuGH vom 23.05.1985 - Rs. 29/84, Kommission / Deutschland).

Wird eine Richtlinienumsetzung allein durch die Auslegung existenter nationaler Normen verwirklicht, bestehen angesichts des vom EuGH postulierten **Gebots der Rechtssicherheit** hinsichtlich der Vertragskonformität erhebliche Zweifel.

Bereits die Umsetzung und nicht erst die konkretisierende Auslegung durch die Gerichte muss es dem Einzelnen ermöglichen, von seinen Rechten Kenntnis zu nehmen. Dies gilt insbesondere für gemeinschaftlich determiniertes Verbraucherschutzrecht.

Eine Auslegung durch Gerichte kann eine Umsetzung nur unterstützen, legislatives Tätigwerden aber nicht substituieren.

Der EuGH misst den Geboten Rechtssicherheit und Rechtsklarheit besonders im Bereich des Verbraucherschutzes einen erheblichen Stellenwert bei (zuletzt: EuGH Urt. V. 10.05.2001, Kommission der EG / Königreich der Niederlande, EuzW 2001, 437 ff. mit einer Anm. v. Dr. Stefan Leible).

Insofern stellt auch die zeitliche Einschränkung des neu gefassten § 358 III BGB auf Darlehensverträge, die nach dem 01.01.2002 geschlossen wurden, und die damit einhergehende Nichtregelung der Rechtsfolgen des Widerrufs für „Altverträge“ - die das eigentliche Problem darstellen - eine eigenständige Vertragsverletzung dar.

Auch für das oben dargestellte Fehlverhalten der Gerichte als staatliche Stellen ist die Bundesrepublik Deutschland wegen des Grundsatzes der Allverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten verantwortlich.

Die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der Gemeinschaftsordnung erfordert die Durchführung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland. Allein hierdurch kann derzeit erreicht werden, dass zum einen auf die staatlichen Stellen eingewirkt und zum anderen Rechtssicherheit und Rechtsklarheit bezüglich der Rechtsfolgen eines Widerrufs gemäß § 1 HWiG bei Realkrediten mit verbundenem Grundstücksgeschäft im deutschen Rechtsraum unter Berücksichtigung des Gemeinschaftsrechts geschaffen wird.

Abschließend darf ich noch auf die **besondere Dringlichkeit der Angelegenheit** hinweisen:

Am 01.01.2002 ist das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts in Kraft getreten (BGBl. 2001 I, 3118 ff). Durch das Reformwerk wurde insbesondere auch das Verjährungsrecht in wesentlichen Teilen geändert.

Hiernach wurde die regelmäßige Verjährungsfrist von bisher 30 Jahren (§ 195 BGB a.F.) auf 3 Jahre (§ 195 BGB n.F.) herabgesetzt, so dass Ansprüche der geschädigten Verbraucher aus culpa in contrahendo bzw. positiver Vertragsverletzung aufgrund der Übergangsvorschriften nunmehr grundsätzlich **zum 31.12.2004 verjähren**.

Die Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes München vom 25.07.2002 ließ der XIX. Zivilsenat des Oberlandesgerichtes München nicht zu.

Hiergegen wurde zwar die Nichtzulassungsbeschwerde zum XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes, Az: XI ZR 325/02, erhoben, mit dem Antrag die Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes München zuzulassen.

Gleichzeitig wurde beantragt, das Verfahren auszusetzen und dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

Es besteht allerdings die dringende Gefahr, dass der Europäische Gerichtshof selbst bei Vorlage der Rechtssache an den Gerichtshof nicht mehr vor dem 31.12.2004 entscheidet.

Die Klärung der Rechtsfrage ist jedoch für meine Entscheidung und die aller anderen Anleger, ein Klageverfahren gegen die finanzierende Bank in die Wege zu leiten, von ausschlaggebender Bedeutung.

Ich und die überwiegende Mehrzahl der Anleger wird nicht vor einer Klärung der Sach- und Rechtslage das Risiko eingehen wollen, die äußerst kostenintensiven Zivilverfahren zu initiieren, so dass die Gefahr besteht, dass viele ihre Rechte nach dem 31.12.2004 verlieren.

Darüber hinaus wird vor mehreren deutschen Gerichten bereits aktuell die Frage ernsthaft erörtert, ob ein Verbraucher zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch sein Widerrufsrecht ausüben kann oder aber ein solches Recht nicht bereits „verwirkt“ ist, da er ja spätestens seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 13.12.2001 davon Kenntnis habe.

Ich bitte Sie daher höflichst um eine vordringliche Bearbeitung.

Mit freundlichen Grüßen,